

## **Ansprache des Diözesanratsvorsitzenden Christian Gärtner beim Neujahrsempfang des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Eichstätt am 13.1.2018**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesem Jahr 2018 feiern wir als Diözesanrat, aber auch die Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte unser 50-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass werden wir im Rahmen der diesjährigen Willibaldswoche Sonntag, den 8. Juli als Tag der Pfarrgemeinderäte mit einem Festgottesdienst und einem bunten Programm feiern. Dieser Anlass soll auch dazu dienen, dass die bis dahin wieder neu gewählten Mitglieder unserer Kirchorts-, Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte am Beginn Ihrer neuen Amtszeit miteinander und unter dem Segen Gottes ihren missionarischen Dienst als Laienapostel für die nächsten 4 Jahre starten und dazu ausgesendet werden. Auch wenn es bis zu diesem Termin noch eine Weile hin ist, darf ich Sie alle schon heute dazu herzlich einladen.

Aber was feiern wir eigentlich genau bei diesem Jubiläum? Engagierte Gläubige, die keine Priester, Bischöfe oder Ordensleute waren, die aber genauso und manchmal sogar noch besser aus dem Geist des Evangeliums heraus für die Kirche und in der Kirche mitgearbeitet haben, engagierte Gläubige, die sich für andere in der Gesellschaft politisch oder sozial eingesetzt haben, um die christliche Botschaft von der Liebe Gottes und der Nächstenliebe über die Grenzen der Kirche hinaus wirksam werden zu lassen, hat es in der Kirchengeschichte schon immer gegeben.

In der vor allem für Deutschland typischen Form der katholischen Verbände haben sich katholische Frauen und Männer schon seit nunmehr 170 Jahren organisiert, als während der Revolution von 1848 die Piusvereine als erste organisierte Form des politischen Katholizismus gegründet worden sind - Vorläufer der klassischen katholischen Verbände, wie Sie bis heute auch in unserem Bistum noch lebendig sind. Verbände, von denen die meisten auf eine mehr als 50-jährige Geschichte zurückblicken können, wie zum Beispiel der Caritasverband unserer Diözese, der in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen feiert.

Was genau also feiern wir als Pfarrgemeinderäte und Diözesanrat bei diesem 50-jährigen Jubiläum?

Der entscheidende Unterschied zu den früheren Formen organisierten Laienapostolats, zum Beispiel der Katholischen Aktion, ist, dass die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte von den wahlberechtigten Katholiken der jeweiligen Pfarrei gewählt werden. Die Pfarrgemeinderäte sind also Gremien, die durch eine Wahl im Prinzip von allen katholischen Frauen und Männern für Ihren Dienst demokratisch legitimiert worden sind. Die aufmerksamen Kirchenzeitungsleser unter Ihnen wissen, dass am Anfang vor 50 Jahren zunächst nur ein Drittel der Mitglieder der Pfarrgemeinderäte gewählt worden ist. Inzwischen sind es schon zwei Drittel. Es gibt also seit 50 Jahren in der katholischen Kirche einen fortschreitenden Prozess der Demokratisierung.

Diese Demokratisierung der Kirche ist eine Frucht des Zweiten Vatikanischen Konzils, das das Bild von der Kirche als pilgerndes Volk Gottes wieder neu ins Zentrum des Selbstverständnisses der katholischen Kirche gestellt hat. Wenn aber alle Getauften das Volk Gottes sind, dann sollten die Gremien, in

denen sich die Kirche vor Ort und darüber hinaus konkret organisiert, auch durch eine Wahl legitimiert sein, wie das in demokratischen Gesellschaften üblich ist.

Manche werden jetzt vielleicht einwenden, dass dieses Jubiläum nur zeigt, wie rückständig die katholische Kirche doch ist, wenn es in ihr erst seit 50 Jahren demokratisch legitimierte Gremien gibt. Allerdings steht die Kirche auch im Vergleich mit der politischen Geschichte in Deutschland damit gar nicht so schlecht da. Eine demokratisch legitimierte Regierung gibt es in Deutschland nämlich auch erst seit nunmehr 100 Jahren, als nach dem Ersten Weltkrieg die Monarchen in Deutschland abdanken mussten, und auch das unterbrochen durch die beiden Diktaturen, die Deutschland im 20. Jahrhundert erlebt hat.

Demokratische Wahlen kennt die Kirche außerdem schon von Anfang an, also seit fast 2000 Jahren. Ursprünglich wurden zum Beispiel die Bischöfe von allen Gläubigen gewählt. Erhalten hat sich diese Tradition demokratischer Wahl in der katholischen Kirche bis heute ausgerechnet an Ihrer Spitze, beim Bischof von Rom, auch wenn sich die Zahl der Wahlberechtigten im Laufe der Geschichte auf die Kardinäle reduziert hat. Und in den Orden werden die Oberen, Äbte und Äbtissinnen bis heute von allen Mitgliedern der jeweiligen Gemeinschaft durch eine demokratische Wahl bestimmt.

Es ist wichtig, dass die Kirche auf diesem seit 50 Jahren eingeschlagenen Weg der Demokratisierung nicht stehen bleibt. Die Struktur unserer Räte, angefangen bei den Kirchorts- und Pfarrgemeinderäten über die Dekanats- und Diözesanräte, bis hin zu deren bundesweitem Zusammenschluss im Zentralkomitee der deutschen Katholiken böte einen guten Ausgangspunkt dafür, die innere Verfasstheit der katholischen Kirche in Deutschland im Sinne von Papst Franziskus weiterzuentwickeln, hin zu einer auf allen Ebenen synodal verfassten Kirche.

Wir erleben in der Kirche aber noch eine weitere Form der Demokratisierung - die Demokratisierung des Glaubenszeugnisses. Angesichts des Rückgangs der Zahl der Priester ist jede und jeder im Volk Gottes immer mehr gefordert, in einer nicht mehr selbstverständlich christlichen Umwelt selbst Zeugnis für die Frohe Botschaft abzulegen, selbst missionarisch tätig zu werden. Weil es immer weniger Priester gibt, können wir das kirchliche Kerngeschäft - das Glaubenszeugnis, die Weitergabe des Glaubens und das öffentliche Gebet - nicht mehr nur einfach an die dafür besonders Geweihten oder beruflich dafür angestellten Christinnen und Christen delegieren. Es genügt nicht mehr nur als Christenmensch womöglich persönlich fromm zu sein, privat zu beten und sonntags in die Kirche zu gehen. Das alles braucht es zwar auch, aber wir alle müssen darüber hinaus schon selbst dafür sorgen, dass die Kirche vor Ort auch in unseren Gemeinden, in der Gesellschaft und in der öffentlichen Wahrnehmung lebendig bleibt.

Ich denke manchmal, ob der aktuelle und zunehmende Mangel an Priestern nicht eine besondere „List“ des Heiligen Geistes ist, der unsere in jahrhundertlang gewachsenen Strukturen auch hier und da erstarrte Kirche in Europa aus so mancher gewohnten Bequemlichkeit heraus und in einen neuen missionarischen Aufbruch führen will. Es gibt immer noch zu viele mit einer Haltung, in der Kirche

immer alles nur von denen zu erwarten, die qua Amt dafür zuständig sind. Das ist sozusagen der Kleinalismus der Laien, den auch Papst Franziskus vehement kritisiert.

Wenn uns die Botschaft vom Reich Gottes, die Botschaft der Liebe Gottes zu allen Menschen und der Auftrag, den Nächsten zu lieben wie sich selbst, wichtig sind, dann müssen wir schon selbst, jeder und jede von uns, nicht nur im Privaten und in der Familie, sondern in der Öffentlichkeit für diesen Glauben eintreten und uns wenn nötig auch politisch dafür engagieren.

Eine solche Haltung ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder von uns allen in der alltäglichen Praxis gelebt werden, um lebendig zu bleiben. Deshalb bin ich dankbar für alle, es sind allein in unserer Diözese mehrere Tausend, die ihr ehrenamtliches Engagement in den Dienst der Kirche stellen, indem sie in den vergangenen vier Jahren in den fast 300 Pfarrgemeinderäten mitgewirkt haben. Und ich bin auch genauso dankbar für alle, die sich jetzt wieder oder zum ersten Mal dazu entschlossen haben, sich am 25. Februar als Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl für den Pfarrgemeinderat zur Verfügung zu stellen. Ein herzliches „Vergelt's Gott!“ Ihnen allen!

Ich bin auch dankbar für alle Frauen und Männer, die sich in unserer Gesellschaft politisch engagieren, indem Sie in demokratischen Parteien mitarbeiten oder als Mandatsträger politische Verantwortung in unseren Kommunen, im Land, im Bund oder in Europa übernehmen. Demokratie lebt auf allen Ebenen davon, dass Menschen bereit sind, Verantwortung für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu übernehmen. Parteipolitik hat ja in Deutschland schon immer einen notorisch schlechten Ruf, aber gerade wir Christen sollten uns auch in dieser Form für das Wohl aller in unserer Gesellschaft einbringen.

Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit, sondern auch immer wieder mit dem Risiko des Scheiterns behaftet, wie wir in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern weltweit erleben durften. Man kann eine Demokratie im Prinzip mit demokratischen Mitteln beseitigen. In der deutschen Geschichte ist das Scheitern der Weimarer Republik, von der es heißt, dass Sie eine „Demokratie ohne Demokraten“ gewesen sei, ein Beispiel dafür.

Heute wird die Demokratie aber auch in Frage gestellt von denen, die wirtschaftlichen Wohlstand über die Freiheit des Einzelnen stellen, und dazu auf Länder wie China verweisen. Dabei wird unterstellt, dass der unbestreitbare wirtschaftliche Aufschwung dort nicht nur trotz, sondern womöglich sogar wegen der fehlenden demokratischen Freiheiten möglich gewesen sei. Dabei wird aber unterschlagen, welchen Preis an persönlicher Unfreiheit und Unterdrückung die Menschen in Ländern wie China zahlen müssen, gerade auch gläubige Christen, die ihren Glauben dort nicht frei praktizieren können, sondern immer noch verfolgt und unterdrückt werden.

Die Demokratie wird auch in Frage gestellt von denen, die sie nur als eine „Diktatur der Mehrheit“ missverstehen. Entwicklungen in diese Richtung sehen wir momentan zum Beispiel in Polen oder Ungarn, wo unbestreitbar demokratisch gewählte Mehrheiten ihren Auftrag nicht darin sehen, in der Regierung Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu übernehmen - also auch für die, die sie

nicht gewählt haben - sondern nur darin, das jeweils eigene Programm gegen jeden Widerstand durchzusetzen.

Natürlich gehören Mehrheitsentscheidungen zum Wesen der Demokratie, aber knappe Mehrheitsentscheidungen polarisieren eher, als dass sie befrieden. Sie verschärfen in einer Gesellschaft vorhandene Probleme eher, als sie zu lösen, wie man an der sehr knappen Mehrheitsentscheidung für den Brexit ebenso sehen kann, wie an den sehr knappen Mehrheitsverhältnissen in der Frage nach einer Unabhängigkeit Kataloniens.

Idealerweise sollten die gewählten Verantwortlichen auch in einer Demokratie nach einem möglichst breiten Konsens in Sachfragen suchen, oder zumindest nach Kompromissen, in denen sich möglichst viele wiederfinden können. Das ist mühselig, langweilig, aufwendig und lässt am Ende keinen als eindeutigen Sieger dastehen.

Die unvergleichliche Stärke der Demokratie liegt aber darin, dass sie von der Einsicht ausgeht, dass der Mensch weder gänzlich gut noch gänzlich schlecht, sondern ein fehlerhaftes Wesen ist. Der Mensch irrt, und zwar beständig. Für dieses fehlbare Wesen ist ein System angebracht, das Kontrolle vorsieht und Korrektur erlaubt. Nicht perfekt zu sein, ist die Stärke der Demokratie – aber auch ihre Schwäche, die dann zutage tritt, wenn die unendlichen Mühen der Konsensbildung gescheut werden.

Leider erleben wir zur Zeit aber in den öffentlichen Debatten eher eine Kultur der Zuspitzung, der Polarisierung und der Abgrenzung vom jeweils anderen. Verschärft wird das noch durch die Wirkungsmechanismen der sozialen Medien im Internet, die wie Echokammern zur Verstärkung jeder schlechten Nachricht und jeder noch so abstrusen Minderheitsmeinung oder gar Verschwörungstheorie wirken.

Aufgabe von uns Christen muss es deshalb sein, einer solchen Kultur der Abgrenzung und Polarisierung eine „Kultur der Integration“ entgegenzusetzen. Damit meine ich nicht -jedenfalls nicht nur -die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft, sondern die Integration von uns allen in eine größere Gemeinschaft, die Ihren Zweck aber auch nicht in sich selbst hat, sondern darüber hinausweist.

Wir können unsere Augen nicht vor der Realität verschließen, dass die Welt ständig mehr eine Schicksalsgemeinschaft wird und uns Konflikte, Unruhen und soziale Spannungen in anderen Regionen der Welt früher oder später erreichen. Unsere Aufgabe ist es deshalb, daran mitzuarbeiten, dass die Welt auch immer mehr zu einer Solidargemeinschaft wird, in der Konflikte friedlich gelöst und Reichtum und Wohlstand gerechter verteilt werden als es heute noch der Fall ist.

Den Kompass dafür, wie wir diesen Wandel gestalten sollen, liefert uns Christen die frohe Botschaft unseres Glaubens. Das Evangelium enthält keine Patentrezepte für konkrete politische und gesellschaftliche Probleme. Über die konkreten Maßnahmen, darüber was wirklich sinnvoll, durchführbar und notwendig ist, muss man diskutieren, debattieren, auch streiten. Der Maßstab zur Beurteilung

aller Vorschläge und Debattenbeiträge muss für uns Christen aber die Botschaft des Evangeliums sein. Aus dieser Botschaft lassen sich Leitbilder ableiten, die auch für Nichtchristen Maßstab sein können. Diese Leitbilder sind Menschenwürde, Rechtsstaat, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der zentrale Maßstab ist dabei für uns die Würde des Menschen, eine Würde, die jeder Mensch unabhängig von Rasse, Religion, Nützlichkeit oder sonst etwas gleichermaßen hat. Deshalb können unsere Verbündeten nie und nimmer Menschen und Gruppierungen sein, die Werte beschwören und gleichzeitig Menschen ausgrenzen, weil sie eine andere Religion, eine andere Rasse oder Nationalität haben.

Am Anfang meiner heutigen Ansprache habe ich Sie schon zum Tag der Pfarrgemeinderäte im Rahmen der diesjährigen Willibaldswoche am 8. Juli eingeladen. Zum Schluss möchte ich Sie noch zu einem anderen wichtigen Termin einladen, dem 101. Katholikentag, der vom 9. bis 13. Mai in Münster stattfinden wird, unter dem Motto „Suche Frieden“.

Dieses Motto stammt aus dem 15. Vers des Psalms 34, und lautet, wenn man die zwei Verse davor noch hinzunimmt:

Wer begehrt das Leben, wer will glückliche Tage sehen?

Hüte deine Zunge vor Bösem und deine Lippen vor trügerischer Rede.

Meide das Böse und tue das Gute, suche Frieden und jage ihm nach.

(Übersetzung: Zürcher Bibel)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für dieses neue Jahr alles Gute und Gottes reichen Segen, und uns allen ein friedvolles Jahr 2018.